

3. März 1933 – Ernst Thälmann wird in einer Berliner Wohnung verhaftet. Er wird bis zu seiner Ermordung im Konzentrationslager Buchenwald am 18. August 1945 gefangen gehalten.

7. März 1933 – die gesamtdeutsche Wochenzeitschrift „Weltbühne“ erscheint zum letzten Mal. 1946 wird sie von Maud von Ossietzky neu gegründet und erschien bis 1993.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

04. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

28. Februar 2012

Donnerstag, 08. März 2012 Halle/Saale

14.00 – 16.00 Uhr – Marktplatz – Frauen (in) Aktion

Grußworte – Musik – Straßentheater – Info-Stände

Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Verbände informieren

16.00 Uhr – Einlass ins Stadthaus – im Foyer

Musik – Zeit für Gespräche – Angebote an Speisen und Getränken

17.00 – 18.00 Uhr im Stadthaus – Großer Saal

Wir wollen Zeichen setzen gegen Niedriglöhne, Minijobs, Teilzeitfalle, familienfeindliche Arbeitszeiten und gegen Ausgrenzung am Arbeitsmarkt

Vortrag und Diskussion mit:

Prof. Dr. Wolfhard Kohte – Professor für Deutsches- und Europäisches Arbeits- und Sozialrecht

Frau Dr. Anke Habich – Rechtsanwältin für Arbeits- und Sozialrecht

18.00 – 19.00 Uhr im Ratshof – 1. Etage

Ausstellungseröffnung – „Auf ein Likörchen“ – Künstlerinnengruppe „Artverwandte“

19.00 – 20.30 Uhr im Stadthaus – großer Saal

Literarisch musikalisches Programm – „Starke Frauen“ – mit Dorit Gäbler

Zitat: „Männer müssen keine Angst vor starken Frauen haben, sie müssen sie nur lieben...“

Veranstalterinnen: Deutscher Gewerkschaftsbund, Stadt Halle (Saale), Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V., Frauenpolitischer Runder Tisch Halle, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V., Kinder- und Jugendhaus e.V.

„Kieler Erklärung“ der Parlamentarier der LINKEN

Der Parlamentariertag der LINKEN, bei dem am 16. und 17. Februar 2012 in Kiel über 150 Abgeordnete aus Europaparlament, Bundestag und Landtagen über Aufgaben und Ziele der LINKEN für eine Politik des Friedens, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise beraten, hat einstimmig folgende „Kieler Erklärung“ beschlossen.

Auch wenn die Kanzlerin Angela Merkel das anders sieht: Die Europäische Idee ist etwas ganz anderes als eine Währung. Ein Blick in die Geschichte erhellt das. Europa war über Jahrhunderte ein einziger Kriegsschauplatz. Nach zwei verheerenden Weltkriegen hat die beginnende europäische Integration zwei Ziele verfolgt. Erstens, die europäischen Nationen sollten enger kooperieren, um Konflikte nicht mehr kriegerisch austragen zu können, zweitens, ein „Sonderweg“ der Bundesrepublik Deutschland sollte ausgeschlossen werden. Davon hat die Bundesrepublik enorm profitiert. So wurde sie von der großen Bürde der Reparationsverpflichtungen befreit. Der Marshallplan konnte daher auch seine Wirkung entfalten. Das „Wirtschaftswunder“ war eine Leistung nicht nur der Deutschen, es resultierte auch aus der Bereitschaft der anderen Völker Europas, dem einstigen Kriegsgegner die Hand zu reichen.

Auch die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands war verbunden mit Ängsten vor einem zu großen Deutschland, das einen „Sonderweg“ beschreiten könnte. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ließ sich daher darauf verpflichten, die europäische Integration voranzutreiben.

Die Politik, die die Bundeskanzlerin im Verbund mit Sarkozy als „Eurorettung“ offeriert, ist nicht nur ökonomisch falsch. Sie ist vor allem geschichtsvergessen. Jede

Nation in der Europäischen Union, die in Not geraten ist, hat gerade seitens Deutschlands ein anderes Herangehen verdient, wie Deutschland es nach dem Zweiten Weltkrieg selbst erfahren hat. Deshalb muss man der Merkel-Regierung den Vorwurf machen, nationalistisch zu agieren. Sie stärkt die Kräfte der Renationalisierung innerhalb der EU.

Auch die europäische Integrationspolitik war einst ein demokratisches Projekt. Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal wurden Mitglieder der EWG, um den Prozess des Übergangs zur Demokratie ökonomisch zu stabilisieren. Hier wiederholte sich, was auch Zweck der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland war: die demokratische Entwicklung stabil zu halten. Heute erleben wir eine europäische Politik, die sich der Mittel des Diktats bedient. Der Fiskalpakt, der gerade geschmiedet wird, belegt das. Die Parlamente, ob in den angeschlagenen Staaten oder in Deutschland, werden von den „Eurorettern“ als Hindernisse angesehen, die möglichst umgangen werden sollen. Aber das Diktat kommt nicht von irgendwoher. Der Umstand, dass einige private Ratingagenturen Staaten vorschreiben können, was diese zu tun haben, wird von Merkel und Sarkozy nicht als Problem angesehen, was abgestellt werden muss, sondern als Imperativ, der über den Fiskalpakt durchgestellt wird.

Die Folgen einer Politik, die demokratische Legitimation hinter sich gelassen hat, können wir schon jetzt in Griechenland sehen. Zeitungen sprechen von den „neuen Armen“, von „neuer Armut“. Massenhafter sozialer Abstieg bedeutet, dass der Sozialstaat Platz machen musste für die Eurorettung. Das Markenzeichen des westeuropäischen Kapitalismus, ein zugleich sozialstaatlich verfasster zu sein, wird zur Disposition gestellt. Merkel und Sarkozy verraten all das, wofür die europäische Idee einst stand: für die Überwindung nationaler Borniertheit, für eine Demokratie, für eine bestimmte soziale Sicherheit.

Nach der Einführung des Euro hat man mehrheitlich geglaubt, dass es zu einer Angleichung der Volkswirtschaften innerhalb der Eurozone käme. Inzwischen weiß man, dass es anders gekommen ist. Der Euro hat das ökonomische Auseinanderdriften beschleunigt. Exportorientierte Volkswirtschaften wie die deutsche haben durch eine Lohndumpingpolitik Exportvorteile erzielt gegenüber Volkswirtschaften mit besserer Lohnentwicklung. Wenn das Ziel einer für alle Beteiligten guten Wirtschaftsentwicklung verfolgt werden soll, müssen neben den haushaltspolitischen Zielen auch wirtschafts- und sozialpolitische Ziele europäisch koordiniert werden.

Was Staaten wie Griechenland heute brauchen, ist keine (fiskal-)

politische Fremdbestimmung. Sie benötigen aber dringend Programme, mit deren Hilfe die Binnenwirtschaft wieder belebt werden kann. Die Verursacher müssen zur Bezahlung herangezogen werden. Vermögensmillionäre in Europa müssen endlich eine angemessene Vermögenssteuer bezahlen. Erst bei Belebung der Wirtschaft und der Einführung einer solchen Vermögenssteuer kann die Sanierung der Haushalte wieder ein realisti-

sches Projekt sein. Außerdem muss die Abhängigkeit der Staatshaushalte von den Finanzmärkten dringend aufgebrochen werden. Geeignet dafür wäre eine direkte Kreditvergabe an Staaten über eine öffentlich-rechtliche Bank, die ihrerseits Kredite bei der EZB aufnimmt. Schließlich erfordert eine gemeinsame Währung auch eine Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, um die Entwicklung der unterschiedlichen Volks-

wirtschaften in Richtung gemeinsamen Wohlstands zu lenken. Die großen privaten Banken sind zu verkleinern und öffentlich-rechtlich zu gestalten.

All das wäre ein Projekt des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts in Europa. Dafür tritt DIE LINKE, zusammen mit ihren Partnerinnen und Partnern, in Deutschland und in Europa ein.

Präsident Gauck der Prediger der verrohenden Mittelschicht

Jutta Ditfurth zu Präsident Gauck

Mit Christian Wulff hat sich die politische Klasse eines lästig geworden kleinbürgerlichen korrupten Aufsteigers entledigt, während die viel größeren Geschäftemacher der Parteien weiter ungestört ihren Interessen nachgehen können.

Um die Peinlichkeit zu übertünchen, wurde nun Joachim Gauck, der Prediger für die verrohende Mittelschicht, gerufen. Dass CDU/SPD/FDP und Grüne ihn gemeinsam aufstellen verrät uns, dass uns noch mehr Sozialstaatszerstörung, noch mehr Kriege und noch weniger Demokratie drohen. Einen wie ihn holt man, um den Leuten die Ohren vollzuquatschen.

Gaucks neoliberales Verständnis von Freiheit als Freiheit des Bourgeois, schließt soziale Menschenrechte aus. Von sozialer Gleichheit als Bedingung wirklicher Freiheit versteht er nichts. Mit der Agenda 2010 und ihren brutalen Folgen ist er sehr einverstanden, für die Betroffenen und ihre Proteste hat er stets nur Verachtung. Kritik am Kapitalismus findet Gauck lächerlich. Die Entscheidung zur Begrenzung der Laufzeit von AKWs gefühlsduselig.

Dem Krieg in Afghanistan hat Gauck die Treue gehalten, denn auch dieser Christ ist ein Krieger. In der Vertriebenenfrage ist der künftige Bundespräsident ein Kumpan von Erika Steinbach und hat Probleme mit der polnischen Westgrenze. Was er von Demokratie und Humanismus hält, verrät er, indem er für die Verfassungsschutzüberwachung der Linkspartei eintritt und den Ideologen des Rassismus der Mitte, Thilo Sarrazin, „mutig“ findet. Hat jemand je eine scharfe und überzeugende Kritik an Nazis von ihm gehört? Fremdenfeindlichkeit kann er verstehen, aber er schätzt es nicht, »wenn das Geschehen des deutschen Judenmordes in eine Einzigartigkeit überhöht wird«.

Gauck ist ein Anhänger der Totalitarismusideologie, der Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus. Mit seiner Aufstellung als Kandidat bekennen sich CDU/SPD/Grüne und FDP zu dieser unerträglichen reaktionären Weltsicht. Der Kandidat und die vier ihn aufstellenden Parteien passen zueinander.

P.S.: Das Amt des Bundespräsidenten ist überflüssig, ein feudales Relikt für obrigkeitstgläubige Deutsche.

Jutta Ditfurth, Autorin und Soziologin, vertritt ÖkoLinX Antirassistische Liste im Frankfurter Römer

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
23.02.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 08.03.2012

Wir sind anerkannt, man fragt uns nach Rat.



Ute Haupt

Ute, Du bist ja so etwas wie ein Urgestein und als Geschäftsführerin auch die „gute Seele“ der Fraktion. Wie lange bist Du schon im halleschen Stadtrat und wie hat sich die Arbeit eventuell auch von den Anfängen bis heute gewandelt?

Ich bin seit 1990 im Stadtrat und, das möchte ich betonen, noch immer mit Leidenschaft Kommunalpolitikerin. Es ist so, dass sich auch die Arbeit unserer Fraktion entwickelt hat, sie ist nicht loszulösen von den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen überhaupt. In den Anfängen unserer Fraktion, daran kann ich mich noch gut erinnern, wurden wir als Fraktion oft angegriffen in Bezug auf die „SED-Vergangenheit“. Am Anfang stand eher eine Ausgrenzung unserer Arbeit. Aber durch unsere sachkompetente Arbeit der vielen MitstreiterInnen in unserer Fraktion haben wir uns Achtung und Anerkennung auf einem langen Weg erobert. Das hat uns stark gemacht! Und auch heute, so denke ich, leisten wir als Fraktion mit unseren Stadträten, sachkundigen Einwohnern und vielen weiteren Mitstreit-

tern eine konstruktive, nach Lösungen ringende Kommunalpolitik. Wir sind anerkannt, man fragt uns nach Rat.

Ganz aktuell bist Du Mitbegründerin der Initiative Sozialticket. Wie setzt sich diese zusammen und was sind die konkreten Ziele?

Wir haben am 24.11.2011 die Bürgerinitiative Sozialticket gegründet und einen Vorstand gewählt, der die Arbeit koordiniert. Im Vorstand arbeiten Sven Weise, Silke Schuender, Norbert Thetmeyer, Katrin Vogel, Heike Deuerling-Kalsow und ich. Wir kommen aus verschiedenen anderen ehrenamtlichen Vereinen, Heike und ich vertreten DIE LINKE.

Letztendlich ist das Ziel der Bürgerinitiative es, in Halle ein Sozialticket einzuführen für Menschen, die von Transferleistungen leben müssen. Das Sozialticket soll ihnen ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, trotz bzw. gerade deshalb, weil sie wenig Geld haben. Derzeit überlegen wir, wie wir in der Öffentlichkeit noch intensiver mit dem Anliegen auftreten und BürgerInnen für ein Mitmachen (gewinnen) ansprechen können.

Unser Ziel ist es z.B., bei Bürgerfesten aufzutreten, die Bürgerinitiative bekanntzumachen. Ein nächster Schritt könnte dann ein Bürgerbegehren sein.

Wir orientieren uns viel an der Bürgerinitiative in Leipzig.

Welche weiteren Themen in unserer Stadt sind Dir wichtig? Woran arbeitest Du noch besonders intensiv?

Nach wie vor sind mir die Gebiete Jugendarbeit, Gesundheits- und Sozialpolitik wichtig. Sie betrachte ich als „meine Schwerpunkte“ in meiner Arbeit als Stadträtin. Derzeit arbeiten wir am neuen Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale). Dabei geht es mir – und auch der gesamten Fraktion – darum, nicht zuzulassen, dass die Mittel für Jugendeinrichtungen, für Freizeiteinrichtungen wie z.B. die Schöpfkelle, Mittel für den Halle-Pass, für kulturelle Leistungen, für Vereine gestrichen werden. Sie werden zwar als „freiwillige“ Aufgaben deklariert, sind aber in meinen Augen für die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt unbedingt notwendig.

Und mein Wahlgebiet, der hallesche Süden, insbesondere die Silberhöhe, ist mir wichtig. Trotz „schrumpfender Stadt“ müssen auch die Lebensbedingungen für die BürgerInnen auf der Silberhöhe gut bleiben. Darum möchte ich gern, dass die „Schöpfkelle“ erhalten bleibt, der Standort Silberhöhe nicht als zentraler Versorgungsbereich gestrichen wird, noch viele Bäume gepflanzt werden und die Silberhöhe ein attraktives Wohngebiet auch in Zukunft bleibt.

Das Interview führte Marianne Böttcher.

Retten statt Sterbehilfe!

„Die Finanzminister der Euro-Länder haben nach einer Nachtsitzung der Öffentlichkeit wieder eine Scheinlösung vorgelegt. Europa kommt nur aus der Sackgasse, wenn die Kanzlerin jetzt für die Gauck-Erpressung einen Preis von der FDP fordert. Dieser Preis muss die Finanztransaktionssteuer sein“, kommentiert die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch, die Einigung auf ein Griechenland-Paket beim Treffen der Euro-Finanzminister. Gesine Löttsch weiter:

Der geplante Schuldenschnitt von 53,2 Prozent wird Griechenland nicht aus der Krise führen. Griechenland hat Schulden von 170 Prozent seiner Wirtschaftskraft. Bei dem geplanten Schuldenschnitt würden die Schulden bis 2020 auf 120,5 Prozent sinken. Experten gehen davon aus, dass die Schuldenlast mindestens auf 80 Prozent der Wirtschaftskraft fallen müsste, damit Griechenland überhaupt eine Chance hätte, aus der Krise zu kommen. Doch solche ökonomischen Zusammenhänge interessieren die Finanzminister und die privaten Gläubiger nicht. Das sogenannte Hilfspaket von 130 Mrd. Euro wird Griechenland auch nicht aus der Krise helfen. Dieses Geld dient der Stabilisierung der Banken und nicht einem Wirtschaftsaufschwung. Doch nur wenn sich die griechische Wirtschaft erholt und wieder mehr Steuern eingenommen werden, kann das Land seine Schulden zurückzahlen. Die weiteren Kürzungen von Renten, Löhnen und die Absenkung von Investitionen werden das Land noch tiefer in die Krise treiben. Die Finanzminister der Euro-Länder haben sich nicht auf die Rettung Griechenlands, sondern auf eine Sterbehilfe geeinigt. Das ist zynisch. Griechenland können wir nur retten, wenn ein Schuldenschnitt vereinbart wird, der Griechenland die Chance gibt, aus der Krise herauszukommen. Die zusätzlichen Kosten, die durch ein notwendiges Zukunftsprogramm entstehen, müssen durch eine Finanztransaktionssteuer beglichen werden. Die Kanzlerin muss jetzt für die Gauck-Erpressung einen Preis von der FDP fordern. Dieser Preis muss die Finanztransaktionssteuer sein.

Wahnsinn Leiharbeit gesetzlich verbieten

„Bei Leiharbeit muss mindestens equal pay, Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates, die Begrenzung auf wenige Monate und weiter gesetzliche Regulierungen durchgesetzt werden. DIE LINKE strebt darüber hinaus ein generelles Verbot der Leiharbeit an,“ erklärte Michael Schlecht, gewerkschaftspolitischer Sprecher des Parteivorstandes der LINKEN, zu den laufenden Verhandlungen der IG Metall zur Leiharbeit. Schlecht weiter:

Es ist vor allem auch das Verdienst der IG-Metall, dass das Thema Leiharbeit auf der politischen Agenda steht. Die Erleichterung bzw. flächendeckende Einführung moderner Lohnsklaverei in Form von Zeit- und Leiharbeit ist im Rahmen der Agenda 2010 gesetzlich durch Rot-Grün eingeführt worden. Die Merkel-Regierung verweigert sich den Forderungen der Reregulierung der Leiharbeit. In Anbetracht dessen sieht sich die IG Metall veranlasst, den Skandal der Leiharbeit tarifpolitisch zu korrigieren. Die Durchsetzung von Leiharbeitsregulierungen droht Prozente beim Lohnabschluss zu kosten. Insofern hat die Leiharbeit auf indirektem Wege einen negativen Effekt auf die Lohnentwicklung. Gelingt die tarifpolitische Regulierung wäre zwar im Tarifbereich der IG-Metall das Problem der Leiharbeit gemindert, allerdings nicht generell.

Das Ziel muss die gesetzliche Regulierung von Leih- und Zeitarbeit für alle Wirtschaftsbereiche und letztlich das Verbot dieser skandalösen Beschäftigungsform. Reguläre, unbefristete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung - das will DIE LINKE.

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

06.03.2012, Beginn 18 Uhr, Kulturtreff, Am Stadion 6

Vielschichtige Krisenprozesse kennzeichnen die Entwicklung in Europa und in der Europäischen Union. Kritische Fragen an die realen gesellschaftlichen Verhältnisse kommen heute auch aus den Reihen der herrschenden Eliten. Sind die linken politischen Kräfte in Europa heute in der Lage, diese Verhältnisse auch real umzugestalten. Wo liegen gegenwärtig ihre Entwicklungsprobleme und welche Prozesse ihrer Lösung zeichnen sich ab. Helmut Scholz informiert und reflektiert zu dem Thema auf der Basis seiner konkreten Arbeit in der Europäischen Linkspartei und der linken Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament mit **Helmut Scholz**

(Mitglied im Europäischen Parlament)

18. Februar – Gegen Nazis, für einen antifaschistischen Konsens

Selten hat es in diesem Land eine größere antifaschistische Demonstration gegeben, als diese. 10.000 Menschen versammelten sich gegen 12 Uhr am Dresdner Hauptbahnhof, um gegen die sogenannten „Sächsischen Verhältnisse“ auf die Straße zu gehen. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Kriminalisierungs- und Delegitimierungsversuche seitens der sächsischen Behörden. Verfahren gegen friedliche BlockiererInnen, Strafverfolgung gegen AntifaschistInnen, teilweise nach Anzeigen von NPD und Nazis (!), Aufhebungen der Immunitäten von LINKE-PolitikerInnen wie André Hahn, Willy van Ooyen, Janine Wissler und zuletzt Caren Lay und Michael Leutert und eine Funkzellenabfrage, die unter dem Namen „Dresdner Handygate“ in die Geschichte eingegangen ist, sind die unmittelbaren Gründe für diese Demonstration. Natürlich war sie auch gedacht als taktisches Mittel, sollten sich wider Erwarten doch Nazis in der Stadt treffen.

Im Vorfeld zeichnete sich aber schon ab, dass sie an diesem Tag nicht kommen werden. Innerlich zerstritten trauten sie ihren eigenen Leuten, wie der JLO (Junge Landsmannschaft Ostpreußen), die die Aufmärsche in den letzten Jahren organisiert hatte, nicht über den Weg. Gerade die Blockaden im Jahr 2011, an denen auch wir beteiligt waren, versetzten der Szene einen harten Schlag. Lediglich 50 Faschos schafften es damals zu einem der Kundgebungsorte. Alle

anderen standen blockierterweise in der Kälte und schoben Frust. Teilweise wurden sie direkt am Hauptbahnhof blockiert, stiegen aus, standen rum und fuhren wieder ab. Diese Demütigung setzte ein nicht geringes Frustrpotential frei. So marodierten bis zu 150 Nazis in anderen Stadtteilen, griffen das alternative Wohnprojekt „Praxis“ an, völlig ungehindert, unbegleitet und gesehen (!) von der Polizei, während andere nach der Rückfahrt noch in Leipzig, Halle und Magdeburg randalieren wollten.

Der Demonstrationzug am vergangenen Samstag maß abschnittsweise bis zu fünf Kilometer. Mehr als 30 Lautwagen brachten die Leute zum Tanzen. Wie schon am Montag, feierten die Menschen sich und ihren Erfolg. Partystimmung allenthalben. Nach 10 Kilometern endete die Demonstration dann am „Haus der Begegnung“, welches am Abend des 19. Februar 2011 von einem Team des SEK gestürmt worden ist (wir berichteten damals). Nachdem Bodo Ramelow seine Rede beendete, wurde es dann doch noch einmal hitzig. Ein Greifertrupp der Polizei befand sich idiotischerweise direkt inmitten des Pulks, welcher dies natürlich als Provokation oder Bedrohung empfand. Niemand konnte einen Grund erkennen oder die Lage durchschauen. Es erschallten „Haut ab, haut ab“ Rufe, wenig später flogen Flaschen. Später hieß es, die Cops hätten einen Nazi aus der Menge fischen wollen, doch selbst wenn das der Fall gewesen wäre, ist

dieses Manöver absolut überflüssig gewesen und lässt vermuten, dass es sich dabei um einen Provokationsversuch gehandelt haben muss, denn die Bilder des Tages waren ja viel zu friedlich. Pünktlich um 19 Uhr fuhr dann der letzte Sachsen-Anhalter Bus im Nord-Konvoi, der aus ca. 30 Bussen bestand, gen Magdeburg. Die anderen vier Busse aus Magdeburg und Halle hatten sich schon früher in Richtung Heimat begeben.

Was bleibt festzuhalten?

Die Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt ist der größte Mobilisierungsfaktor in Sachsen-Anhalt. Mit insgesamt drei Bussen und über 130 MitfahrerInnen, darunter zahlreiche Mitglieder unseres Jugendverbands, können wir einen guten Erfolg für uns verbuchen. Natürlich war die gesamte Koordinierung etwas schwieriger, als in den letzten Jahren, hatten doch Magdeburg und Halle eigene Vorbereitungskreise gegründet, ganz zu schweigen von den Belastungen, die hinzu kamen durch die zusätzliche Fahrt am 13. Februar. Mit viel Unterstützung seitens der Landespartei konnten wir einen reibungslosen Ablauf an beiden Tagen gewährleisten.

Dresden hat gezeigt, dass Blockaden richtig und wichtig sind, dass Antifaschismus sehr wohl die Lösung ist, entgegen der Aussage von Sachsens Innenminister Ulbig. Nun ist allerdings zu befürchten, dass Magdeburg zum wichtigsten Auf-

marschgebiet der Nazis wird. Hier konnten sie in den vergangenen 13 Jahren ungehindert marschieren. 2012 gab es zwar drei vereinzelte Blockaden, die allesamt aber nicht bewirken konnte, den Naziaufmarsch effektiv aufzuhalten, dazu waren es einfach zu wenig Menschen. Die AkteurInnen in Magdeburg müssen sich der Gefahr bewusst sein und bewusst werden. Auch Dresden hatte damals viele Gruppierungen, die ihr eigenes Süppchen kochten – bis es dann auf einmal bis zu 8000 Nazis waren; eine Erfahrung, die gespenstisch und unheimlich war. Spektren- und parteienübergreifend gab es ab 2010 den Konsens, den Aufmarsch blockieren zu wollen, sich das verfassungsgemäße Recht zu nehmen, Gegenprotest auszuüben. Nun hat auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass es sich bei Blockaden um Akte der Meinungsäußerung, um Kundgebungen handelt.

Wenn Magdeburg verhindern will, dass es zu Dresdner Ausmaßen kommt, muss bereits 2013 im Keim erstickt werden, was zu wachsen droht. Die Stadt muss ihr Verhältnis zum „Trauermarsch“ klären. Die OrganisatorInnen der „Meile der Demokratie“ müssen ggf. über neue Konzepte nachdenken und sich für andere AkteurInnen und Aktionsformen öffnen. Die verschiedenen Antifabündnisse und linken Gruppen müssen ihre internen Hürden hinter sich lassen, zu Gunsten eines antifaschistischen Konsenses! Eine Konferenz, ein Gesamtbündnis nach Dresdner Vorbild, ist unausweichlich und die einzige Möglichkeit, organisatorisch der Lage Herr

zu werden. Linksjugend [‘solid] und Die Linke.SDS werden in den nächsten Monaten alle Anstrengungen unternehmen, diesen Bündnisprozess einzuleiten, zu gestalten und mit zu tragen. Schon 2013 soll es auch in Magdeburg heißen: Magdeburg Nazifrei – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist! Doch zunächst geht der Blick nach Dessau, einer Stadt, die in den letzten Wochen und Monaten immer wieder aufgrund rassistischer Momente im Fokus stand. Hier heißt es am 25. Februar, „Den rassistischen Konsens brechen – Dessauer Verhältnisse angreifen“, während der 10. März, auch an diesem Tag gibt es wieder einen „Trauermarsch“ der FaschistInnen, bereits seit Wochen rot angekreuzt im Kalender steht.

„An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“ (Erich Kästner)

Robert Fietzke
Jugendkoordinator
Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt

c/o DIE LINKE Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Str. 3
39108 Magdeburg
Sprechzeiten:
Mittwoch 14 - 18 Uhr
Freitag 10 - 14 Uhr
oder nach Vereinbarung
Tel.: 0391/7324836 (Büro, nur zu den Sprechzeiten)
Mobil: 0163/7057294
E-Mail: jugend@dielinke-lsa.de
Homepage:
www.linksjugend-lsa.de



**Bildungswoche
„Respekt - eine Woche für
mehr Vielfalt“
vom 19.03. -24.03. 2012**

Der Arbeitskreis Ladenschluss im Bündnis gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage hat für die vorletzte Woche im März eine Bildungswoche organisiert, die auf dem oberen Boulevard in der Nähe des Oseberg-Ladens, der Thor Steinar Klamotten verkauft, stattfinden wird. Anliegen der Bildungswoche ist u.a. Aufklärungsarbeit, was und wer hinter der Marke Thor Steinar steckt.

Zahlreiche Workshops und kulturelle Veranstaltungen werden das Angebot der Veranstalter ergänzen. Die IG Metall wird in ihren Räumen im Böllberger Weg am Freitag, 23.03.2012, eine Ausstellung: Antifaschistischer Widerstand der PartisanInnenbewegung und Willi Sitte eröffnen.

Am Mittwoch, dem 21.03.2012, wird der Spendenlauf: HALLIANZ für Vielfalt (Start: Riebeck-Platz) von 10.00 – 18.00 Uhr durchgeführt.

Das BBZ lebensart plant einen Workshop unter dem Motto: „Was tun – gegen Homophobie“. Das vollständige Programm wird in Kürze auch in der Geschäftsstelle in der Blumenstraße ausliegen. Über zahlreiche Besuche in „unserem“ Laden würden wir uns freuen.

Marianne Böttcher
für die AG Ladenschluss